

Sachse

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Erzbergers Enthüllungen in England

1919 Nr. 382 Jahrgang 212



Bezugspreis: für Halle und Decore monatlich RM. 1,50, vierteljährlich RM. 4,50, halbjährlich RM. 8,50, jährlich RM. 16,50, einschließlich Postgebühren.
Morgenausgabe
Anzeigenpreis: Die Zeil. 38 mm breit mm-Größe 20 H. 40 Sp. 90 mm breit mm-Größe 40 H. 40 mm am Text. Erhaltungssatz Halle-Saale.
Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernamt Zentrale 7801, Fernamt Halle 2000, Fernamt Magdeburg 2000.
Donnerstag, 7. August
Geldkursliste Berlin: Bernburger Str. 80, Fernamt Amt Kurant Nr. 6890
Eigene Berliner Schriftleitung — Druck und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Neueste Tagesnachrichten

- Die Heeresverwaltung ist auf das Reich übergegangen. Kommandogewalt und Verwaltungsbefugnisse stehen den Gliedstaaten nicht mehr zu.
- Die preussische Regierung hat beschlossen, dem Reich die Bestimmungen des Gesetzes über die Reichswehr zu unterbreiten.
- Der Minister für Volkswirtschaft ist eine Rate von 50 Millionen Mark für Wohnungsbaueine überreicht worden.
- Das chinesische Abgeordnetenhaus hat eine Vorlage angenommen, nach der der Friede mit Deutschland wieder hergestellt ist.
- Der Streik der Grubenarbeiter in England hat eine Ausdehnung erfahren. In mehreren Distrikten ist der Generalstreik ausgedehnt.

Erzbergers Enthüllungen in England

Erzberger inspirierten „Berliner Tageblatt“ sofort mit der Einleitung einer Weidungsfrage beantwortet habe. Ich wünsche nichts Besseres, als von der Reichsregierung, vor das Strafgericht gezogen zu werden, um dort auf Grund eidlicher Feststellungen zeigen zu können, wie die Hände aussehen, die heute vor allen anderen die Schicksale unseres armen Vaterlandes lenken. Aber die Regierung, die mit so drohenden Gebärden nach hinten lenken will, die Herr Erzberger heute nun, identisch mit mich zarte Rücksichten zu nehmen, die ich in keiner Weise beanpruche.

Sei denn, wie es wolle: Dieser Teil meines Kampfes geht gegen den früheren in Deutschland unbekanntem Typ als politisch-parlamentarischen Geschäftsmachern und damit gegen die politisch-parlamentarische Korruption, und er wird ausgefochten werden, auch wenn Herr Erzberger Schildkröte spielt, Kopf und Hüfte einzieht und sich tot stellt.

„Landsturmann Erzberger“

Die „Post“ berichtet heute die Äußerungen über die Jurisdiktion des Herrn Erzberger. Aus diesen Äußerungen geht hervor, dass Herr Erzberger es immer wieder verstanden hat, sich von der Eingliederung zu drücken, trotzdem von den militärischen Stellen immer wieder darauf hingewiesen wurde, dass die weitere Jurisdiktion Erzbergers in der weissen Krone der Weidung seiner Kräfte die größte Mißgunst erzeuge. Das Blatt schließt an die Veröffentlichung der Äußerungen folgende Bemerkung:

Es ist, wie sich aus diesen Äußerungen ergibt, nicht möglich gewesen, den Landsturmann Erzberger einzuschließen. Erst war es „im finanziellen Interesse“ unzulässig, und als die Feindschaft für ihn geltend gemachten Zurücksetzungen, nicht mehr als vorliegend angesehen wurden, so machte ihn seine Eigenschaft als Mitglied des Reichstages gegen den Schlußproben immun. Der Reichstagsrat mag die Sache anordnen, wie er wolle — bei Erzberger war nichts zu machen. Als dann der Krieg zu Ende ging und der Reichstagsrat geschlossen wurde, hat Herr Erzberger in Aktion. Aber nicht der Landsturmann Erzberger, sondern der Unterhändler, der uns von Enttäuschung zu Enttäuschung geführt hat.

Neue 6 Milliarden für das Reich

Weimar, 6. August.

Der Nationalversammlung ist heute der Entwurf eines Gesetzes betreffend die vorübergehende Veräußerung der öffentlichen Reichsanteile der Reichsregierung für das Rechnungsjahr 1919 durch neue Veräußerung eines Fünftels von 6 Milliarden auszugehen. In der Begründung wird ausgeführt, daß seit dem 1. April 1919 bereits zweimal drei Milliarden bewilligt worden sind. Erzberger hat bekanntlich zugesichert, daß sich 1. Oktober als eine normale Veräußerung der Reichsmittel stattfinden werde. Zugleich aber wird mühsam weitergedacht. Mit einer Milliarde reicht das Reich aber im Monat offenbar nicht aus, daher ist neues Papiergeld nötig.

Der Friedensvertrag

Berlin, 6. August.

Der Friedensausfluß der französischen Kammer löste gestern während drei Stunden den Generalstreik der Abgeordneten Barthou an, der schließlich mit 80 gegen 22 Stimmen (François Bonillon und Louis Rivallan) genehmigt wurde. Es haben sich 28 Mitglieder des Ausflusses an der Abstimmung nicht beteiligt.

Der Bericht beginnt mit einer historischen Darstellung der diplomatischen Ereignisse vom März bis zum August 1918. Der Bericht schließt sich ab mit der Art der deutschen Kriegsführung und wie die deutsche Bevölkerung vor, er habe die Verantwortung für den Krieg in harter Weise aufgeführt durch Veräußerung von Zivilpersonen, durch Tötung von Geiseln, durch Deportation von Zivilpersonen, durch Plünderungen, durch Abtransport von Frauen und jungen Mädchen, durch Erschießung von Soldaten und Kapazitäten, durch den Gebrauch von giftigen Gasen und schließlich durch den Hinterbootskrieg. Aus diesen Gründen müssen die Schuldigen gemäß Artikel 231 und 227 des Friedensvertrages bestraft werden. Barthou stellt ab dann fest, welches befriedigendes Ergebnis die Friedensverhandlungen hätten haben können, wenn die Regierung gemeinsam mit dem Parlament während der Verhandlungen die beabsichtigten in Frage kommenden Gebiete eingehend besprochen hätte. Was dem Friedensvertrag vor allem vorzuziehen sei, sei, daß er

Harmsworth gegen Erzberger

Rotterdam, 6. August.

Im Unterhaus erklärte Harmsworth an den Enthüllungen Erzbergers in Weimar über das Friedensangebot, das angeblich im August 1917 von der Entente an Deutschland gerichtet worden sein sollte, daß Erzbergers Darstellungen keineswegs eine richtige Wiedergabe der Tatsachen enthalten. Harmsworth gab eine Auseinandersetzung des tatsächlichen Vorganges der Ereignisse und legte daraus dar, daß die britische Regierung damals keinerlei Annäherung an Deutschland gesucht habe.

Die Besetzung Oberschlesiens

Köpenhagen, 6. August.

Eine amtliche Meldung aus Warschau besagt, die Friedensunterredungen zwischen den Vertretern der Oberschlesien bis zur Bildung der Volksabstimmung belegen sollen. Die Tschecho-Slowaken haben den polnischen Vorschlag abgelehnt, den tschecho-polnischen Grenzstreifen durch Volksabstimmung aus der Welt zu schaffen. Die tschechischen Delegierten haben Warschau bereits wieder verlassen.

50 Millionen für Wohnungsbauten

Berlin, 6. August.

Die veranlaßt, hat die preussische Regierung dem Minister für Volkswirtschaft eine Rate von 50 Millionen Mark für Wohnungsbauwerke und die Wiederbesetzung der Bauaktivität überreicht.

Die Schildkröte

Unter dieser Ueberschrift schreibt Staatsminister Dr. Helfferich in der Kreuzzeitung:

Am Sonabend habe ich an dieser Stelle eine bewußte falsche Aufzählung des Reichsfinanzministers Erzberger gegen den General Ludendorff und mich zurückgewiesen. Ich habe dabei den Spieß umgedreht und, wie ich glaube, in kaum zu übertreibender Deutlichkeit gegen Herrn Erzberger die Anklage erhoben, nicht nur daß er selbst im Kriegsbild diejenigen Dinge zu begeben verweigert hat, die er hinsichtlich der belagerten Kampfschlachtfelder, sondern vor allem, daß er sich nicht scheut hat, in seiner Doppelseitigkeit als Abgeordneter und interessiertes Aufsichtsratsmitglied eines Privatunternehmens der Reichsregierung völkerrechtswidrige Handlungen und eine Veräußerung privater Sonderinteressen auf Kosten der Allgemeinheit anzunehmen.

Herr Erzberger schweigt.

Meine früheren Anklagen, die in ähnlicher Richtung gingen, beliehen noch wie vor. Herr Erzberger hat einen schäudernden Verlust der Gegenwart in einem besonders begünstigten Fall gemacht. Ich habe mit einem Auszug aus dem amtlichen Bericht der betreffenden Weidung gearbeitet und festgestellt, daß auf Grund des von mir erwähnten Vorfalls diese Weidung abgelehnt hat, Herr Erzberger weiterhin als Mitglied der Reichsregierung, darüber sind vierzig Tage ins Land gegangen.

Und Herr Erzberger schweigt.

Auch die Reichsregierung schweigt. Sie hält es offenbar — trotz der reinen Demokratie der Welt — nicht für unter ihrer Würde, einen Mann als führendes Mitglied und Finanzminister in ihren Reihen zu haben, der unter dem „verklümmten alten Regime“, das noch an altmodischer Feindschaft leidet, von einer Impulse Weidung als nicht mehr geeignet angesehen wurde, in Weidung als Mitglied der Reichsregierung

Das Reich und die Heeresverwaltung

Berlin, 6. August.

Durch die Verfassung ist die Heeresverwaltung auf das Reich übergegangen. Verordnungsgebungs- und Kommandogewalt steht dem Reich an. Bis zum 1. Oktober werden die Ministerien der Gliedstaaten und der gegangenen sonstigen Militärbehörden in Reichswehrstellen umgewandelt werden. In die Ehre der preussischen Reichswehrbefehlshaber tritt bis auf weiteres der bisherige preussische Kriegsminister Herr Einhardt, für Bayern ist Generalleutnant Wasthach vorgesehen, für Sachsen Generalmajor Oberhausen, und für Württemberg Oberleutnant Tillwarth.

Bayern gegen Erzbergers Finanzpläne

München, 6. August.

Der bayerische Landtag beschäftigt sich neuerdings mit dem Finanzprogramm Erzbergers. Nach Mitteilung des Finanzministers sind die Weidungen von einer Einkünfte und der bundesstaatlichen Minister mit dem Reichsfinanzminister über die vorgesehenen Steuerpläne unrichtig. Der Reichsregierung ist die Weidung, gegen die Erzbergers Pläne zu kämpfen. Ein gleichdemokratischer Zeile wurden die Steuerentwürfe Erzbergers als nicht beanstandet. Er wolle offenbar Weidung auf Kosten Bayerns machen.

Geldpolitik wurde mitgeteilt, daß gegenwärtig auch in Bayern Verhandlungen mit dem Reichsminister wegen der Eigentumsverhältnisse an den militärischen Anlagen und Liegenschaften, die durch den

... die Heeresverwaltung ist auf das Reich übergegangen. Kommandogewalt und Verwaltungsbefugnisse stehen den Gliedstaaten nicht mehr zu.

... die preussische Regierung hat beschlossen, dem Reich die Bestimmungen des Gesetzes über die Reichswehr zu unterbreiten.

... Der Minister für Volkswirtschaft ist eine Rate von 50 Millionen Mark für Wohnungsbaueine überreicht worden.

... Das chinesische Abgeordnetenhaus hat eine Vorlage angenommen, nach der der Friede mit Deutschland wieder hergestellt ist.

... Der Streik der Grubenarbeiter in England hat eine Ausdehnung erfahren. In mehreren Distrikten ist der Generalstreik ausgedehnt.

Erzberger inspirierten „Berliner Tageblatt“ sofort mit der Einleitung einer Weidungsfrage beantwortet habe. Ich wünsche nichts Besseres, als von der Reichsregierung, vor das Strafgericht gezogen zu werden, um dort auf Grund eidlicher Feststellungen zeigen zu können, wie die Hände aussehen, die heute vor allen anderen die Schicksale unseres armen Vaterlandes lenken. Aber die Regierung, die mit so drohenden Gebärden nach hinten lenken will, die Herr Erzberger heute nun, identisch mit mich zarte Rücksichten zu nehmen, die ich in keiner Weise beanpruche.

Sei denn, wie es wolle: Dieser Teil meines Kampfes geht gegen den früheren in Deutschland unbekanntem Typ als politisch-parlamentarischen Geschäftsmachern und damit gegen die politisch-parlamentarische Korruption, und er wird ausgefochten werden, auch wenn Herr Erzberger Schildkröte spielt, Kopf und Hüfte einzieht und sich tot stellt.

Der Friedensausfluß der französischen Kammer löste gestern während drei Stunden den Generalstreik der Abgeordneten Barthou an, der schließlich mit 80 gegen 22 Stimmen (François Bonillon und Louis Rivallan) genehmigt wurde. Es haben sich 28 Mitglieder des Ausflusses an der Abstimmung nicht beteiligt.

Der Bericht beginnt mit einer historischen Darstellung der diplomatischen Ereignisse vom März bis zum August 1918. Der Bericht schließt sich ab mit der Art der deutschen Kriegsführung und wie die deutsche Bevölkerung vor, er habe die Verantwortung für den Krieg in harter Weise aufgeführt durch Veräußerung von Zivilpersonen, durch Tötung von Geiseln, durch Deportation von Zivilpersonen, durch Plünderungen, durch Abtransport von Frauen und jungen Mädchen, durch Erschießung von Soldaten und Kapazitäten, durch den Gebrauch von giftigen Gasen und schließlich durch den Hinterbootskrieg. Aus diesen Gründen müssen die Schuldigen gemäß Artikel 231 und 227 des Friedensvertrages bestraft werden. Barthou stellt ab dann fest, welches befriedigendes Ergebnis die Friedensverhandlungen hätten haben können, wenn die Regierung gemeinsam mit dem Parlament während der Verhandlungen die beabsichtigten in Frage kommenden Gebiete eingehend besprochen hätte. Was dem Friedensvertrag vor allem vorzuziehen sei, sei, daß er

Ungarisch-rumänische Personalunion!

(Eigene Drahtmeldung der 'S. Z.')

Wien, 8. August.

Die Abgeordnete Gegenregierung an deren Spitze noch immer der Reichsinhaber Viktor Batkany sind...

In Budapest herrscht tolle Verwirrung. Die Rumänen, die unbeschränkte Gewalt über den Staat...

Die rumänischen Waffenstillstandsbedingungen. Die von rumänischen Armeekorps...

Die rumänische Regierung soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß sie, falls Ungarn die Waffenstillstandsbedingungen nicht annimmt...

Die rumänische Regierung soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß sie, falls Ungarn die Waffenstillstandsbedingungen nicht annimmt...

Die rumänische Regierung soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß sie, falls Ungarn die Waffenstillstandsbedingungen nicht annimmt...

Die rumänische Regierung soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß sie, falls Ungarn die Waffenstillstandsbedingungen nicht annimmt...

Die rumänische Regierung soll bei dieser Gelegenheit erklärt haben, daß sie, falls Ungarn die Waffenstillstandsbedingungen nicht annimmt...

Ungarn ohne Bahnverkehr. Budapest, 8. August. Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros...

Ungarn ohne Bahnverkehr. Budapest, 8. August. Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros...

Ungarn ohne Bahnverkehr. Budapest, 8. August. Nach einer Meldung des ungarischen Korrespondenzbüros...

Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit in Weimar. Weimar, 8. August. Nach der kurzen Pause hat heute der 10. Steuer...

Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit in Weimar. Weimar, 8. August. Nach der kurzen Pause hat heute der 10. Steuer...

Verfahren beim Eisenbahnverkehr. monach. Der Eisenbahnverkehr als Grundfähigkeitsangelegenheit...

Preußen und die Reichseinkommensteuer. Berlin, 8. August. Die preussische Regierung ist, wie wir hören, nicht geneigt...

Der Brief Rupperts. Bamberg, 8. August. Der Reichsrat beschloß sich heute in geheimer Versammlung...

Ende des heftigen Landarbeiterstreiks. Basel, 8. August. Im Moravia waren bei diesen großen Göttern unersetzlicher...

Italiens Ratifizierung. Mailand, 8. August. 'Corriere della Sera' meldet aus Rom, die Kommission für die Ratifizierung...

China und der Friede mit Deutschland. Amsterdam, 8. August. Reuters meldet aus Peking am 1. August: Das sinesische Abgeordnetenhaus...

Serbien stellt die Zinszahlungen ein. Wien, 8. August. Nach einer Meldung des Wiener Kor. Büro aus Belgrad hat die Generaldirektion der Staatsfinanzen...

Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten. Amsterdam, 8. August. Reuters meldet aus Washington am 8. August: Das Handelsamt berichtet...

Dom amerikanischer Eisenbahnstreik. Amsterdam, 8. August. Das 'Vreesche' 'Radio' meldet aus Washington, daß der Senat die Debatte über den Eisenbahnstreik...

Der Streik in England. (Eigene Drahtmeldung der 'S. Z.') Rotterdam, 8. August. Der Streik der Grubenarbeiter in England hat sich auf neue schiffliche Distrikte ausgedehnt...

Der Streik in England. (Eigene Drahtmeldung der 'S. Z.') Rotterdam, 8. August. Der Streik der Grubenarbeiter in England hat sich auf neue schiffliche Distrikte ausgedehnt...

Der Streik in England. (Eigene Drahtmeldung der 'S. Z.') Rotterdam, 8. August. Der Streik der Grubenarbeiter in England hat sich auf neue schiffliche Distrikte ausgedehnt...

Der Streik in England. (Eigene Drahtmeldung der 'S. Z.') Rotterdam, 8. August. Der Streik der Grubenarbeiter in England hat sich auf neue schiffliche Distrikte ausgedehnt...

Die Fahnen des 4. A.K.

Die vom Kriegsministerium angeordnete Lebensführung der Fahnen und Standarten des 4. Armee-Korps...

Es wird aus Berlin geschrieben: Die Oberinspektoren der Fahnen und Standarten des 4. Armee-Korps...

Auch eine Revolutionsgröße. Herr 'Regierungspräsident' Adler. Die Kopenagener sozialdemokratische Zeitung...

Auch eine Revolutionsgröße. Herr 'Regierungspräsident' Adler. Die Kopenagener sozialdemokratische Zeitung...

Auch eine Revolutionsgröße. Herr 'Regierungspräsident' Adler. Die Kopenagener sozialdemokratische Zeitung...

Auch eine Revolutionsgröße. Herr 'Regierungspräsident' Adler. Die Kopenagener sozialdemokratische Zeitung...

Auch eine Revolutionsgröße. Herr 'Regierungspräsident' Adler. Die Kopenagener sozialdemokratische Zeitung...

Der Landwirtschaftsminister und frühere Buchdrucker Braun. In letzter Zeit, vor einigen Tagen auch wieder in Weimar, haben gehalten, aus denen hervorgeht, wie folgenschwer...

Der Landwirtschaftsminister und frühere Buchdrucker Braun. In letzter Zeit, vor einigen Tagen auch wieder in Weimar, haben gehalten, aus denen hervorgeht, wie folgenschwer...

Der Landwirtschaftsminister und frühere Buchdrucker Braun. In letzter Zeit, vor einigen Tagen auch wieder in Weimar, haben gehalten, aus denen hervorgeht, wie folgenschwer...

Der Landwirtschaftsminister und frühere Buchdrucker Braun. In letzter Zeit, vor einigen Tagen auch wieder in Weimar, haben gehalten, aus denen hervorgeht, wie folgenschwer...

Der Landwirtschaftsminister und frühere Buchdrucker Braun. In letzter Zeit, vor einigen Tagen auch wieder in Weimar, haben gehalten, aus denen hervorgeht, wie folgenschwer...

Der Landwirtschaftsminister und frühere Buchdrucker Braun. In letzter Zeit, vor einigen Tagen auch wieder in Weimar, haben gehalten, aus denen hervorgeht, wie folgenschwer...

Wahlen und die Steuerföhreramt des Reichs

Am 4. August fand im Abgeordnetenhaus eine Sitzung des Ausschusses des Hauptauschusses der Reichstages-Verhandlungen, in der der Finanzminister über die geplante Reform der Steuerföhrerämter und über die Abfertigung der Reichstages-Verhandlungen berichtete.

Der Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei sprach für seine Partei unter Ablehnung jeder Verbindung mit der gegenwärtigen Steuerföhrerämter, die in folgenden Punkten und Beschlüssen gipfeln:

Das Reichs-Einkommen- und Reichsvermögensteuernormen sind unzulänglich, bedarf eingehender Reform. Selbst wenn diese Steuern im Reich benötigt werden, kann das nur unter Bedingungen geschehen, nämlich unter der Bedingung, dass die Steuererhebung nicht nur durch die Staaten und Gemeinden sich nur durch die Besteuerung bestimmter Prozentätze entlastet werden, die bei wirtschaftlichem Niedergang ganz erhebliche Beträge ergeben und jede Selbstverwaltung unzulässig machen würde. Sorgfältige Prüfung bedarf die gegenwärtige Steuerföhreramt unter Berücksichtigung des Artikel 245 des Reichsvertrages, nach dem der gesamte Besitz und alle Einkommen des Reiches und der Länder für die Wiederherstellung gelten.

Das Reichs-Steuerföhreramt ist der jetzt beschlossene Höhe von 30 bis 35 Millionen an Umsatzsteuern weit über den Betrag des Reichs-Einkommens und Reichsvermögenssteuern zu erhöhen. Es ist auch unzulässig, weil der Ertrag nicht normalen wirtschaftlichen Verhältnissen entspricht, und weil bei Abänderung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Steuerföhreramt zur Fortzahlung von Abgaben verpflichtet wäre, für die die Voraussetzungen nicht mehr vorliegen. Das mit dem Reichs-Steuerföhreramt beschlossene Einkommensteuernormen ist in dieser konstitutionellen Form, sondern nur unter einer für das Reich nachteiligen und nachteiligen einmütigen Beschlusse, die Form eines Beschlusses, der den Ausbau des Einkommens- und Vermögenssteuernormen.

Der Übergang der Steuererhebung und der Steuerföhreramt auf das Reich ist keine bloße formale Frage, sondern eine solche von höchster Bedeutung für den Bestand des preussischen Staates. Die Befreiung der Steuerföhrerämter würde tatsächlich das Ende des Eigenlebens der Provinzen bedeuten. Der Übergang der Steuererhebung und Steuerföhreramt auf das Reich ist aber auch nicht notwendig, weil die Auffassung, einseitige Vermögensföhreramt und Erhebung von Steuern mindestens ebenso billig im Reich als in den Provinzen durch besonderes Personal erfolgen können. Die Entscheidung ist nicht dringlich, sie kann ohne Schaden für die Provinzen werden, da Veranlagung und Erhebung unzulässig in der bisherigen Weise erfolgen können.

Der Führer der Deutschen Nationalen Volkspartei stellte deshalb die Forderung nach Einberufung der Reichsversammlung, da nur auf diesem Wege die erforderlichen Garantien erreicht werden können, und weil Preußen und das Reich die gleiche Rolle spielen dürfen, doch über repressible Maßnahmen im Rahmen der Bundesversammlung verhandelt werden. Die Reichsversammlung ist erforderlich, die Einberufung der Landesparlamenten nicht erforderlich ist, nachdem die Reichsversammlung bereits die Reichsversammlung ist ein einzig, das über die Steuerföhreramt und Steuererhebung der Gliedstaaten nur gegen Zustimmung bestimmter gesetzlich festgelegter Garantien für die finanzielle Bewegungen der Gliedstaaten und der Gemeinden ausgeprochen werden dürfte.

Die Finanzierung der A. und S.-Räte

Wie der unabhängige Volksrat mitteilt, hat sich das Finanzministerium auf den Standpunkt gestellt, daß die Finanzierung der Reichs- und Volksräte durch die Unternehmungen der Reichs- und Volksräte noch nicht entschieden, doch ist damit die Frage der Finanzierung erstmalig angefaßt worden. Die finanziellen Beiträge der Arbeiter werden sich im Verhältnis der Reichs- und Volksräte verhalten. Die Unternehmungen haben also nicht nur die Arbeiter- und Angestelltenvereine, sondern auch die Reichs- und Volksräte zu unterstützen, sondern es

Wahlen und die Steuerföhreramt des Reichs

Die Ausgaben des Berliner Volksrates hatten sich nach der A. und S.-Correspondenz im Laufe dieses Jahres beträchtlich erhöht. Der Berliner Volksrat hat sich auf fast 30 Millionen im Jahre 1914 erhöht. Mit anderen Worten, die Ausgaben des Berliner Volksrates sind im Vergleich mit dem Berliner Volksrat im Jahre 1913 um 10 Millionen erhöht. Der Berliner Volksrat hat sich auf fast 30 Millionen im Jahre 1914 erhöht. Mit anderen Worten, die Ausgaben des Berliner Volksrates sind im Vergleich mit dem Berliner Volksrat im Jahre 1913 um 10 Millionen erhöht.

Die Ausgaben des Berliner Volksrates hatten sich nach der A. und S.-Correspondenz im Laufe dieses Jahres beträchtlich erhöht. Der Berliner Volksrat hat sich auf fast 30 Millionen im Jahre 1914 erhöht. Mit anderen Worten, die Ausgaben des Berliner Volksrates sind im Vergleich mit dem Berliner Volksrat im Jahre 1913 um 10 Millionen erhöht.

Anföhrung des Admiralfußes der Marine

Nach unterrichteter Seite wird gefolgt: In der Bekanntgabe des Reichspräsidenten vom 15. Juli dieses Jahres, in der die Ernennung des Reichs-Marineamts in Admiralität bestätigt wird, ist gleichzeitig angegeben, wie sehr die Beförderung der Marine durch die Admiralität ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Der Admiralfuß der Marine stellt damit als selbständige oberste Marinebehörde neben dem früheren Reichs-Marineamt seine Tätigkeit ein. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt.

Der Admiralfuß der Marine stellt damit als selbständige oberste Marinebehörde neben dem früheren Reichs-Marineamt seine Tätigkeit ein. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt.

Der Admiralfuß der Marine stellt damit als selbständige oberste Marinebehörde neben dem früheren Reichs-Marineamt seine Tätigkeit ein. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt.

Der Admiralfuß der Marine stellt damit als selbständige oberste Marinebehörde neben dem früheren Reichs-Marineamt seine Tätigkeit ein. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt.

Der Admiralfuß der Marine stellt damit als selbständige oberste Marinebehörde neben dem früheren Reichs-Marineamt seine Tätigkeit ein. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt. Der Admiralfuß der Marine wird der Admiralität unterstellt.

Halle und Umgebung

— Reisefolge. Die Reisefolge der Kaiserlichen Familie ist am 7. August in Halle angekommen. Die Reisefolge der Kaiserlichen Familie ist am 7. August in Halle angekommen. Die Reisefolge der Kaiserlichen Familie ist am 7. August in Halle angekommen.

Unterstützung der Marine

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Die Unterstützung der Marine ist ein sehr wichtiges Geschäft geworden, das die Bearbeitung der militärischen Befehle des Chefs der Admiralität forciert. Daher die Einrichtung des neuen Befehlshabers in der Admiralität werden noch weitere Bestimmungen getroffen werden.

Der Staatsanwalt

Roman von Arthur Brausewetter.

„Sie hätte es sehr entschieden gesagt, die kleine Frau hätte entschieden geantwortet.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

Der Staatsanwalt, der sich immer mehr in Horn redete, fuhr nach kurzem Atemholen fort:

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

„Aber — meinethwegen nicht — vielleicht ist er auch dazu noch böhmisch.“

